

Campusmaut

## Erst lernen, dann zahlen

Studiengebühren - früher oder später werden sie kommen. Neue Modelle zeigen, wie sie sozial gerecht gestaltet werden können

Von **Manuel J. Hartung**

15. Mai 2003, 14:00 Uhr / Editiert am 25. August 2006, 4:31 Uhr / Quelle: (c) DIE ZEIT 15.05.2003 Nr.21

AUS DER ZEIT NR. 21/2003



Im Bundestagswahlkampf 2002 suchte die SPD ihr Heil noch im Blockieren von Reformen: Auf Betreiben von Bildungsministerin Edelgard Bulmahn beschloss der Bundestag, Studiengebühren bundesweit zu verbieten. Damit sollte vorwitzigen Landesministern untersagt werden, neue Wege der Hochschulfinanzierung zu beschreiten. Schon damals protestierten Bildungspolitiker aus dem Lager von Union und FDP gegen das Denk- und Handlungsverbot aus Berlin. Nun stemmen sie sich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Bulmahn; dieser Tage legen sechs unionsgeführte Bundesländer ihre Klageschrift in Karlsruhe vor.

Die Länder begründen ihre Klage zwar juristisch: Bulmahn greife in ihre Kernkompetenzen ein, denn Hochschulpolitik ist Ländersache. Dahinter steht aber die politische Absicht, "dass Überlegungen zu sozial ausgewogenen Studiengebühren nicht ausgeschlossen werden dürfen", wie der baden-württembergische Minister Peter Frankenberg (CDU) sagt. Auch Hamburgs parteiloser Wissenschaftssenator Jörg Dräger bekräftigt, mit dem Rechtsentscheid eine Diskussion über Studiengebühren anstoßen zu wollen.

Dass die Universitäten dringend Geld brauchen, bestreitet niemand: Allerorts jammern Studenten über volle Hörsäle, marode Gebäude, schlecht ausgestattete Bibliotheken sowie Hochschullehrer, die sich auch noch um ungezählte Kommilitonen kümmern müssen. Die Berliner Humboldt-Universität kündigte gar an, im Wintersemester wegen der lauen Lage keine Studenten mehr aufzunehmen.

### 2500 oder 3000 Euro pro Jahr

Fahrt gewinnt die Gebührendiskussion durch neue Modelle, die in jüngster Zeit

vorgelegt wurden: Sie wollen eine Antwort geben auf die entscheidende Frage: Wie hältst du's mit der Sozialverträglichkeit?

Bislang haben Kritiker stets bezweifelt, dass sich Studiengebühren sozial ausgewogen gestalten ließen. Kinder "aus bildungsfernen Schichten", wie es im korrekten Deutsch hochschulpolitischer Tagungen heißt, würden dann vom Studium abgeschreckt – aus Angst vor einem riesigen Schuldenberg beim Berufseinstieg.

Gebührenbefürworter haben dem die Erfahrungen aus Ländern mit Bezahlstudium gegenübergestellt: Dort – etwa in England, Kanada oder den USA – sind mehr Arbeiterkinder immatrikuliert als in Deutschland. Nach einer Erhebung des Deutschen Studentenwerks nehmen hierzulande neunmal so viele Kinder aus reichen Elternhäusern ein Studium auf wie die aus armen Familien. Außerdem haben die Gebührenbefürworter stets die "Umverteilung von unten nach oben" angeprangert: Maler und Maurer finanzierten mit ihren Steuern das Studium des Managersöhnchens. Während viele Krankengymnasten für ihre Ausbildung zahlen müssen, bekommen die Ärzte eine jahrelange Ausbildung bezahlt. Es sei paradox, dass der Kindergarten Geld koste, die Universität aber nicht. Gebühren, so das Fazit, seien somit sozialer als keine Gebühren.

Das soziale Zauberwort der neuen Modelle nennt sich "nachlaufende" oder "nachgelagerte" Studiengebühren. Kernstück: die einkommensabhängige Rückzahlung. Die Studenten zahlen nicht während ihres Studiums, sondern geben danach einen bestimmten Prozentsatz ihres Gehalts zurück. Wer zu wenig verdient, erstattet nichts. Nicht die soziale Herkunft spielt eine Rolle, sondern die berufliche Zukunft. Das Schuldenberg-Argument der Kritiker wäre somit weitgehend ausgeräumt. Das "nachlaufende" Prinzip findet sich etwa im Konzept, das der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger vorgelegt hat. Es sieht bis zu 2500 Euro jährliche Studiengebühren pro Kopf vor, die 3,5 Milliarden Euro für die Hochschulkassen bringen sollen. Jeder dritte Student soll vom Staat ein elternunabhängiges Darlehen in Höhe von durchschnittlich 6500 Euro im Jahr bekommen, von dem er auch noch den Lebensunterhalt bestreiten soll. Binnen 13 Jahren nach dem Studium hat er den Betrag zurückgezahlt – in monatlichen Raten von acht Prozent des Bruttoeinkommens. "Eine faire Lösung", wirbt Dräger, der damit auch gleich das Bafög reformieren will.

Mit einem ganz ähnlichen Vorschlag will der Chef der Unternehmensberatung McKinsey, Jürgen Kluge, 4,2 Milliarden Euro im Jahr für die Unis bekommen: Ein Jahr Studium soll im Schnitt 3000 Euro kosten – jeder zweite Student bekommt dafür einen günstigen Kredit von einer Bank. Das Geld wird binnen zehn Jahren über einen durchschnittlichen Zuschlag von 3,3 Prozentpunkten

auf die Einkommensteuer reingeholt. Dies schrecke, heißt es bei McKinsey, weniger ab als die acht Prozent in Drägers Modell.

Die nachlaufenden Studiengebühren sind auch Teil des "ExellenTUM"-Konzepts der TU München: Für besondere Studiengänge sollen Studenten besonders viel zahlen. Dafür soll es Stipendien geben, studienförderliche Jobs in Uni und Partnerfirmen, zudem ein ausgefeiltes Darlehenssystem. Die Career Concept AG legt zum Wintersemester einen Bildungsfonds für TU-Studenten auf und gießt die Idee der nachlaufenden Studiengebühren in eine institutionelle Form (ZEIT Nr. 18/03). Unternehmen und Stiftungen sollen in den Fonds investieren, aus dem Studenten Gelder abrufen können. Nach Ende des Studiums zahlen sie einen Teil ihres Einkommens zurück.

Eine unverbindliche Variante der nachlaufenden Studiengebühren hat der Wissenschaftsminister der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern im Angebot. Der parteilose Medizinprofessor Hans-Robert Metelmann will die Absolventen an ihre Alma Mater binden; die Alumni sollen zahlen – orientiert an Richtsätzen, aber freiwillig. "Wer zu niedrige Beiträge zahlt", sagt der Minister, "muss sehen, wie er mit diesem Verlust an Gemeinschaftserleben fertig wird."

Ganz neu ist das Prinzip der nachlaufenden Studiengebühren indes nicht. Seit Ende der achtziger Jahre wird es in Australien umgesetzt, und auch deutsche Bildungspolitiker griffen es alsbald auf: Im Kern findet es sich im 1995 entwickelten Grünen-Konzept des Bundesausbildungsförderungsfonds (Bafög), genauso wie in der vor Jahren diskutierten Zusatzsteuer für Akademiker. Ein Papier von Hochschulrektoren und der Denkfabrik Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) präziserte die Idee im Jahr 2001. Auch existieren Feldversuche, etwa an den Privatuniversitäten Witten-Herdecke und der Hamburger Bucerius Law School.

### **"Unausgereift und illusionär"**

Beim "umgekehrten Generationenvertrag" in Witten-Herdecke zahlt lediglich die Hälfte der Studenten die Gesamtgebühren von gut 15000 Euro während des Studiums in monatlichen Raten. Die andere Hälfte gibt nach dem Studium vier bis acht Jahre lang acht Prozent des Einkommens zurück, Geringverdiener zahlen erst ab einem Jahresverdienst von 15400 Euro. Mehr als 23000 Euro braucht niemand aufzubringen. Im letzten Geschäftsjahr kamen so knapp zwei Millionen Euro zusammen. Der Abschreckungseffekt, berichtet ein Sprecher der Universität stolz, sei gering: In Witten-Herdecke studierten genauso viele Bafög-Empfänger wie im Bundesschnitt.

Mittlerweile haben sich auch die Argumente der Gebührenkritiker verändert: Noch bringt das studentische Aktionsbündnis gegen Studiengebühren,

getragen unter anderem von Studentenvertretungen, gegen die neuen Modelle vor, sie privatisierten soziale Risiken. "Die Chancenungleichheit wird nur ins Berufsleben verlagert", sagt Klemens Himpele, der Geschäftsführer des Bündnisses. Studiengebühren könnten per se nicht gerecht sein. Die meisten Gebührengegner spielen aber nicht mehr die soziale Karte. Sie halten die neuen Vorschläge schlicht für unausgereift und warnen vor Illusionen: Nachlaufende Studiengebühren wirkten "auf den ersten Blick nicht unbillig", sagt etwa Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair (CSU), bedeuteten aber einen Mehraufwand an Bürokratie. Durch hohe Verwaltungskosten schmolzen die Erlöse zusammen. Außerdem müsse der Staat erst mit großem Aufwand eine Anlauffinanzierung bereitstellen.

Die Modelle, die auf Stipendien und private Drittmittel setzen, hält Zehetmair für wenig realistisch: Anders als in den USA gebe es in Deutschland keine Stiftungskultur. Der Generalsekretär des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft, Manfred Erhardt, bestätigt das: "Mäzene und Stifter wollen Breschen schlagen und keine Löcher stopfen." Diese Skepsis lässt sich mit Zahlen der OECD belegen, der Denkfabrik der Industrieländer: Während der Staat in den USA und in Deutschland fast denselben Anteil am Bruttoinlandsprodukt in die Universitäten steckt (1,1 zu 1,0 Prozent), fließt in den USA zwölfmal so viel Geld aus Privatschatullen in die Uni-Kassen wie in Deutschland: 1,2 gegenüber 0,1 Prozent. In Großbritannien ist der private Anteil dreimal so hoch wie hierzulande.

Gleichzeitig mahnen Kritiker auch, Gebühren nicht als Allheilmittel zu betrachten. Selbst bei amerikanischen Spitzen-Unis mit ihren horrenden Beiträgen machten sie nur ein Viertel des Uni-Etats aus. Beim Feldversuch in Witten-Herdecke, wo jeder Student 15000 Euro fürs Studium zahlt, sind es lediglich sieben Prozent. Auch profitierten die klammen Hochschulen erst Jahre nach Einführung der nachlaufenden Gebühren von den Zahlungen. Zudem sind noch zahlreiche Fragen offen: Wer wickelt die Rückzahlung ab – ein staatsnahes Institut, der Staat selbst oder ein Finanzdienstleister? Gibt es einen Einheitsprozentsatz für alle Studiengänge? Gibt es landesweite Lösungen, oder entscheidet jede Uni selbst? Gibt es politisch gewollte Ausnahmen von der Gebührenpflicht, etwa für Lehrer, wenn man diese dringend braucht?

## **Studenten zahlen freiwillig**

Doch die Kritiker verlieren stetig an Boden: Bildungsministerin Bulmahn droht schon aus dem eigenen Lager Ungemach: Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) hat sich für nachgelagerte Studiengebühren ausgesprochen. Kürzlich haben sich die Grünen in Baden-Württemberg nochmals zum alten Konzept der nachlaufenden Gebühren bekannt. Auch Deutschlands Studenten erscheinen nicht mehr als

monolithischer Antigeblühnenblock: Die Mahnwache während eines Münchner Kongresses von Gebührenbefürwortern im März bestückten gerade zwei Dutzend wackere Studenten. Als der thüringische Landtag kürzlich die Einführung von Langzeitstudiengebühren beschloss, blieb der Protest begrenzt. Studenten der TU Dresden bildeten sogar die Initiative "Unternehmen selbst beteiligen" (ZEIT Nr. 12/03). Sie zahlen freiwillig Studiengebühren – dadurch bleiben die Computer-Räume der Uni in diesem Semester länger offen.

Anteil an der abschwellenden Kritik mögen die jüngsten Berechnungen des CHE haben, die konkret zeigen, was Studiengebühren für deutsche Unis bringen: 1000 Euro pro Kopf und Jahr könnten etwa dazu führen, dass es an der Uni Erlangen 28 Prozent mehr wissenschaftliche Mitarbeiter geben könnte – und damit eine erheblich bessere Betreuung.

Doch wann werden Studiengebühren kommen? In fünf bis zehn Jahren, schätzen Befürworter. Selbst Gegner rechnen mit dem Ende der kostenlosen Uni-Ausbildung in den nächsten 15 Jahren. Denn sollte die Klage der konservativ regierten Bundesländer in Karlsruhe Erfolg haben, und das gilt als wahrscheinlich, könnten sie mit neuen Feldversuchen vorpreschen. Von September an besteht unter den Unions-Politikern vermutlich noch mehr Einigkeit. Denn der prominenteste Skeptiker in der Union, Bayerns Wissenschaftsminister Zehetmair, geht nach der Landtagswahl in den Ruhestand.